

Hohe Kosten, wenig Nutzen:

Warum FiDA die Versicherungswirtschaft zu stark belastet

Die deutsche Versicherungswirtschaft sieht den Entwurf der Europäischen Kommission eines Rahmenwerks für den Zugangs zu Finanzdaten (FiDA) sehr kritisch und hat die vermeintliche Rücknahme des bestehenden Vorschlags im Rahmen der Agenda 2025 begrüßt. Die Tatsache, dass FiDA als „Pending Proposal“ nun doch Bestandteil des Arbeitsprogramms bleibt, hat für Diskussionen und Verunsicherung gesorgt. Insbesondere bleibt es fraglich, wie sich FiDA mit den Zielen der Kommission, Europas Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen, Unternehmen von bürokratischen Lasten zu befreien und Innovationen zu fördern, vereinbaren lässt. Die Absicht, mit FiDA eine moderne Datenökonomie im europäischen Finanzsektor zu schaffen sowie Innovation und Wettbewerb zu fördern, wird durch die gegenwärtige Ausgestaltung nicht erreicht. Vielmehr würden erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen auf Versicherungsunternehmen zukommen, die in keinem Verhältnis zum Nutzen von FiDA – weder für die Verbraucher noch für die Unternehmen – stehen.

Die deutsche Versicherungswirtschaft sieht ein Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Europa und empfiehlt FiDA nicht fortzuführen.

FiDA stellt den Kunden und dessen Kontrolle über seine Daten in den Mittelpunkt. Daten sollen dem Kunden zur Verfügung gestellt oder mit anderen Finanzinstituten oder Finanzinformationsdienstleistern geteilt werden, wenn der Kunde dies wünscht und seine Einwilligung erklärt. Noch immer fehlt der Nachweis, ob und in welchem Umfang eine Nachfrage der Kunden überhaupt besteht. Zudem ist der Kunde bereits heute im Besitz sämtlicher Informationen, sei es per Papierunterlagen oder in den zahlreichen Webportalen der Versicherer. Da es keine eindeutigen Anzeichen für eine Kundennachfrage gibt, verursachen die Anforderungen der FiDA-VO bei den Unternehmen unverhältnismäßig hohe Kosten und schwächen deren Wettbewerbsfähigkeit.

Die Vereinfachung der regulatorischen Rahmenbedingungen und Entbürokratisierung sind gerade in der jetzigen Zeit für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen von großer Bedeutung. Die Konkurrenz aus dem außereuropäischen Ausland verlangt von den Unternehmen große Kraftanstrengungen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. FiDA würde weitere enorme Anstrengungen und Investitionen erfordern, um allein die Anforderungen umzusetzen und die notwendigen Systeme zu entwickeln, für den Aufbau von Systemen für den Datenaustausch, Kunden-Dashboards oder Schnittstellen für Kunden und Dritte.

FiDA würde knappe und wertvolle Ressourcen in den Unternehmen binden, die bereits bei wichtigen Transformationsprojekten rund um den Einsatz künstlicher Intelligenz oder der

Sicherstellung der Cyber-Resilienz benötigt werden. Unternehmensintern würden Kapazitäten zur Umsetzung von Technologiesprüngen, die der Einsatz von KI-Anwendungen ermöglicht, fehlen. Investitionen für den Einsatz von KI als Werttreiber in Europa sollten nicht durch FiDA gebremst werden. Darüber hinaus bindet die Umsetzung von DORA bereits weitreichende IT-Kapazitäten, so dass die zur Verfügung stehenden Mittel durch zusätzliche Anforderungen durch FiDA noch weiter eingeschränkt würden. Die aus der technischen Umsetzung von FiDA resultierende Belastung würde daher vor allem kleine und mittlere Unternehmen an ihre Grenzen bringen und letztlich zu einer Verteuerung von Finanzprodukten zu Lasten der Kunden führen. Die Intention, mit FiDA Innovation und Wettbewerb zu fördern, wird dadurch ins Gegenteil verkehrt.

Darüber hinaus darf die Gefahr für Sicherheit und Datenschutz durch das geplante Datenteilen nicht außer Acht gelassen werden. Der Austausch von Finanzdaten birgt zusätzliche Gefahren für die Cyber-Sicherheit. Zudem ist die geopolitische Lage zu beachten. Jüngste Entwicklungen unterstreichen den Druck, dem Europa von außen ausgesetzt ist. In seiner jetzigen Form könnte FiDA den Weg für eine weitere Konsolidierung der bereits starken Dominanz von Nicht-EU-Akteuren auf den EU/EWR-Verbraucherdatenmärkten ebnen; dies könnte die bereits bestehenden Asymmetrien beim Zugang zu Kundendaten mit regulierten Finanzinstituten weiter verstärken. Anstatt die Wettbewerbsposition Europas zu stärken, besteht die Gefahr, dass FiDA unternehmensinterne Hindernisse einführt, die Innovationen hemmen und in Europa tätige Unternehmen im Vergleich zu globalen Wettbewerbern benachteiligen könnten. In diesem Zusammenhang und angesichts der Sensibilität der auszutauschenden Daten sollten die zusätzlichen Risiken im Zusammenhang mit der Datensicherheit und dem Schutz der Privatsphäre der europäischen Bürger berücksichtigt werden.

Die immensen Anforderungen, die durch diese Regulierung auf die Unternehmen zukommen würden, haben aus unserer Sicht nur dann eine Berechtigung, wenn FiDA die gesetzten Ziele erreichen kann und wenn es keine Möglichkeit gibt, diese Ziele mit weniger einschneidenden Mitteln zu erreichen. Es sollte ein Gleichgewicht zwischen den Belastungen der Finanzunternehmen durch die Komplexität der Regulierung und dem Ziel der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovation gefunden werden.

Berlin, 18. März 2025